

der Landtag geschlossen. Präsident Grabow richtete am Schlusse der letzten Sitzung folgende Worte an das Abgeordnetenhaus: In dieser langen Session ist ein düsteres Bild der inneren Lage des Landes vor Ihnen vorübergegangen und die Wahrheit dessen, was ich beim Eintritt in die Session ausgesprochen, bestätigt. Zu Anfang hat man von Verständigung gesprochen; später verlangte man Unterwerfung. Im Anbrängen gegen die beschworene Verfassung möchte die Reaction den absoluten und Polizeistaat wieder herstellen. Aber sie wird scheitern an der Festigkeit des Volkes, welches erkennen gelernt hat, daß die Aufrechterhaltung seiner beschworenen Rechte durch seine Vertreter wichtiger ist, als sonstige Erfolge ihrer Thätigkeit. Dennoch hat die Sitzung zu wichtigen Resultaten geführt. (Der Präsident erinnert an die Zollverträge, das Berggesetz, den allgemeinen Budgetbericht, die Eisenbahnvorlagen.) Schaaren wir uns mit dem standhaften Volke um die beschworene Verfassung, unter deren Schirm Preußen zur Größe emporblühen wird. Der Präsident schloß mit einem dreimaligen Hoch auf den König. — Herr v. Bismarck entließ im Namen des Königs den Landtag mit einer Strafpredigt, welche wir bereits gestern unsern geehrten Lesern mitgetheilt haben.

Oesterreich's Bevölkerung wird noch immer durch zwei Dinge lebhaft beschäftigt: die Kaiserreise nach Ungarn und die Anleihe. In ihrem amtlichen Theile veröffentlichte dieser Tage die „Wiener Zeitung“ das kaiserliche Handschreiben über die Aufhebung des Militär-Provisoriums in Ungarn. Es ist bezeichnend, daß dasselbe aus Ofen datirt ist, und vor Allem hervorzuheben, daß nach dem Zeugniß dieses Handschreibens jene beklagenswerthen Zustände in Ungarn, welche die Ausnahmsmaßregeln hervorgerufen, „der allgemeinen Ruhe und Ordnung gewichen sind.“ Vom 1. Juli treten nun wieder für alle Strafsachen die ordentlichen Gerichte an Stelle der im November 1861 eingesetzten Militärgerichte und haben hierbei nach den ungarischen Gesetzen vorzugehen. Nur für die Beurtheilung der Pressvergehen und Preßverbrechen soll außer der in Ungarn in Kraft bestehenden Preßordnung vom 27. Juli 1852 auch noch eine neue „Instruction“ in Wirksamkeit treten. Diese Instruction, auf welche das Handschreiben verweist, liegt jedoch heute im amtlichen Blatte noch nicht vor. Der „Vesther Lloyd“ will von ihr schon wissen, sie sei „eine Art von Strafgesetz-Novelle, deren Bestimmungen theils dem österreichischen Strafgesetze, theils der Strafgesetz-Novelle, theils dem ungarischen Preßgesetze von 1848 entnommen sind und zur Durchführung der bestehenden Preßordnung, was den gerichtlichen Theil derselben betrifft, dienen soll.“ Was die Anleihe betrifft, so ist die Form, welche der Finanzminister bei Einbringung derselben wählte, trotz des Ernstes der Sache doch sehr komisch. Nachdem er erst eine Reihe von Anleihen dadurch motivirt hatte, daß die vorausgesetzten Einnahmen für die Ausgaben nicht zureichten, motivirt er die zweite Reihe der Anleihen damit, daß die Einnahmen doch nicht so groß wären, wie er sie angenommen hätte, und daß dieser Ausfall noch besonders gedeckt werden müsse. Die Finanzlage des Kaiserreichs stellt sich dennoch als sehr bedrängt dar.

Tagesgeschichte.

Der „Leipziger Ztg.“ schreibt man aus Wien vom 15. Juni: „Es war gestern zum vierten Male, daß der königlich preussische Gesandte, Baron Werther, im Namen seines Cabinets hier die Forderung auf die „Ausweisung“ des Herzogs von Augustenburg stellte, und zum vierten Male erklärte Graf Mensdorff, daß die Großmächte nicht das Recht haben, den Herzog in der Wahl seines Aufenthalts zu beschränken. Preußen motivirt seine Forderung damit, daß die Herstellung der Parität zwischen dem Großherzog von Oldenburg und dem Herzoge von Augustenburg in Betreff ihrer beiderseitigen Candidaturen die Entfernung der letztern verlange. Darauf antwortete Graf Mensdorff, daß es dem Großherzoge ja ebenfalls vollkommen freistehet, seinen Aufenthalt in den Herzogthümern zu nehmen, sowie ja auch Preußen, welches doch ebenfalls als Candidat auftritt, in den Herzogthümern vertreten sei, da es dort 18000 Menschen stehen habe. Die Besorgniß, daß der Herzog eine PreSSION auf die Wahl ausüben werde, halte der Graf für nicht gerechtfertigt, ebenso wie er die erhobene Beschwerde für nicht stichhaltig ansehen könne, daß in Kiel eine occulte Regierung installiert sei, zumal die augenblicklich fungirenden Beamten von der obersten Civilbehörde, also auch von Hrn. v. Zedlitz eingesetzt worden sind. Der Herzog wird demnach trotz aller Bemühungen Preußens ruhig in Kiel bleiben.“

München, 14. Juni. Der Wurf ist gelungen! Wagners „Tristan und Isolde“ ging am Sonnabend von 6 Uhr bis gegen 11 Uhr bei Anwesenheit beider Könige und eines sehr erlesenen

und zahlreichen Publikums ohne Störung vor sich. Heute findet die Wiederholung statt. Ueber das Werk selbst sind die Ansichten getheilt, einig ist man nur im Staunen über die Leistungen des v. Schnorr-Carlosfeld-Sänger- und Chepaeres, welches in „Tristan und Isolde“ etwas geleistet, was fast allerwärts für unmöglich erklärt worden wäre; nicht minder staunenswerth sind die Leistungen unserer Orchester-Mitglieder. Hans v. Bülow führte den Commandostab, und nicht zu verkennen war, wie dieser mit dem Geiste dieses Tonbildes gleichsam verschmolzen ist. Die Durchführung dieses kolossalen Tonstückes in solcher Vollkommenheit ist ein Ereigniß, das noch keine Bühne erlebte: es ist das Ergebnis ungeheurer materieller und geistiger Kräfte. Richard Wagner wurde am Schlusse stürmisch gerufen und erschien, von Tristan und Isolde an der Hand geführt, leichenblaß und mit dem Ausdrucke schreckhafter Aufregung.

Hamburg, 14. Juni. Der hiesige Schneidergesellen-Strife ist seit gestern in ein neues Stadium getreten. Obgleich die allgemeine Arbeitseinstellung gehoben zu sein schien, da der größte Theil der Meister, namentlich die Besitzer der bedeutendsten Schneiderwerkstätten, ihren Arbeitern die verlangte Lohnerhöhung bewilligt hatten und zu erwarten war, daß auch die übrigen Meister diesem Beispiele von selbst folgen würden, so haben die bereits zufriedenen gestellten Gesellen dennoch die Arbeit wieder niedergelegt, indem sie erklären, nicht eher arbeiten zu können, als bis sämtliche Gesellen die Lohnerhöhung erhalten haben. — Ueberdies hat die Polizeibehörde, welche sich, so lange die Bewegung der Gesellen die Grenzen der Lohnfrage nicht überschritt, jeder Einmischung in ihre Angelegenheit enthielt, vorgestern Abend das aus vier Personen bestehende Comité der Schneidergesellen verhaftet und eine Untersuchung gegen dasselbe eingeleitet, weil es nach auswärts hin Schritte gethan haben soll, um fremde Gesellen von hier fern zu halten und so Hamburg gewissermaßen bei ihren Genossen in Verruf zu erklären. Das Einschreiten der Polizei hat die Gemüther der Schneidergesellen nun noch mehr aufgeregt.

Kiel, 15. Juni. Der „Kieler Ztg.“ wird gemeldet, daß Herzog Friedrich auch dann nicht zum Verlassen des Landes sich bereit erklärt hat, wenn Oesterreich den gleichen Wunsch wie Preußen aussprechen würde.

Paris, 15. Juni. (R. Z.) Da der Nachfolger des Prinzen Napoleon im Voritze des Ausschusses für die Weltausstellung noch nicht ernannt ist, so hat in der gestrigen Sitzung dieses Ausschusses der Kaiser selbst den Voritz geführt. — Der Kaiser hat an den Vicepräsidenten des gesetzgebenden Körpers einen Brief gerichtet, worin er demselben empfiehlt, die Arbeiten der Kammer zu beschleunigen. — Der Unterrichtsminister hat unter den Professoren einen Preis ausgeschrieben für die beste, jedoch in gedrängter Kürze zu verfassende Geschichte Algeriens, die in den öffentlichen Schulen eingeführt werden wird. — Die Führer der Fiaccres, ungefähr 2600 an der Zahl, haben ihre Arbeit eingestellt und wollen ihre Peitschen erst dann wieder in die Hand nehmen, wenn man die von ihnen verlangten Concessionen bewilligen werde. Sie verlangen nämlich 5 (für die eintretenden Kutscher), 5½ (für die, welche bereits im Dienste sind) und 6 Fres. (für die, welche während zweier Jahre keinen Anlaß zu Klagen gegeben haben.) Die nächste Ursache zu dieser eigenen Art von Arbeitseinstellung war die Erhöhung des Preises für die Fiaccres. — In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurden die letzten Sectionen des Budgets des Kriegsministeriums und vier Sectionen des Budgets für Algerien angenommen. Herr Kerveguen erwähnte im Laufe der Discussion die neue in Toulon gemachte Erfindung zur Zerstörung von Panzerschiffen. Der Krieg, meinte er, werde dadurch zur Unmöglichkeit und die Friedenssacra für immer und überall gesichert. General Allard kündigte einen Senatsbeschluss an, in welchem die Stellung der Eingebornen in Algier schärfer bestimmt und deren Zulassung in die Reihen der französischen Armee geordnet werden soll.

Aus Tiflis vom 7. Mai wird über eine Schlapse berichtet, welche die Russen in Vinneastien erlitten haben. Nach einem beinahe einundzwanzigtägigen Marsche war General Endokimow bis vor die Thore von Tschimkend in Khanat von Kholand gelangt und hatte versucht, sich des Platzes zu bemächtigen, um von dort aus gegen Tashkend zu operiren. Es zeigte sich jedoch, daß die Stadt, in welcher sich der Regent von Kholand, der Emir Mera-Alli-Khanli, an der Spitze einer starken Streitmacht befand, in so gutem Vertheidigungsstande war, daß an die Einnahme nicht zu denken war. Statt eines Angriffes auf dem Platz kam es zu einer blutigen offenen Feldschlacht, in welcher die Russen unterlagen und in deren Folge sie sich zum eiligen Rückzug nach Hodscha Ahmed genöthigt sahen. Der Verlust ihrer Gegner an Todten und Verwundeten betrug etwa 1000 Mann, während ihr eigener sich dem Vernehmen nach auf das Vierfache belief. Russische Berichte wissen nichts von der Niederlage.